

The bazar is open

Alle Annahmen zur Krise werden unter Unsicherheit getroffen – es darf spekuliert werden

Ben Bernenky, US-amerikanischer Zentralbankchef, muss ein waschechter Vertreter seines Landes sein. „Am liebsten“, sagt er, „würde ich Geld vom Hubschrauber aus gleichmäßig übers Land verteilen.“ So kann wohl nur ein Angehöriger dieser anpackenden, immer noch von hoffnungsfroher Aufbruchstimmung geprägten ‚Neuen Welt‘ reden. Und auch politisch scheint man plötzlich anders miteinander umzugehen. Die Gräben zwischen Republikanern und Demokraten scheinen wie zugeschüttet. Man ist sich einig, dass nun – will man nicht das Ganze aufs Spiel setzen – geklotzt werden muss. Das kollektive Gedächtnis, wie es die Deutschen mit sich rumtragen, geprägt von Inflation, Deflation und verloren geglaubtem Krieg, bremsst wohl hierzulande dagegen mächtig den Tatendrang. Anders ist es kaum zu verstehen, dass man in der größten Krise des Kapitalismus ein derartig schmalbrüstiges Konjunkturprogramm auflegt. 50 Milliarden, gestreckt über zwei Jahre, von denen viele Aufgaben ohnehin schon ganz oben auf der politischen Agenda standen, werden angesichts der Dimension, in der die Wirtschaft einzubrechen droht, einen kaum wahrnehmbaren kompensatorischen Effekt haben.

Was aber passiert da in den USA? Es wird versucht mit gut einer Billion, also dem 20-zigfachen des deutschen Volumens, die Wirtschaft anzukurbeln. Ausgang auch völlig unklar. Geld, wie es so umgangssprachlich heißt, in den Markt zu pumpen, ist nämlich gar nicht so einfach. Bei diesen Konjunkturpaketen weiß man nie, ob und in wel-

chem Maße hierdurch nachhaltig weiterer Konsum und zusätzliche Investitionen angestoßen werden (Multiplikator- und Akzeleratorwirkung). Aber immerhin: die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, ist relativ hoch. Anders in der Geldmengenpolitik, die durch die Zentralbanken betrieben wird. Zentrales Instrument ist die Veränderung des Leitzinses, des Zinssatzes also, zu dem sich die Geschäftsbanken bei der Zentralbank Geld ausleihen können. Ihr Erfolg hängt allerdings davon ab, ob alle mitspielen. Es ist nämlich keinesfalls sicher, dass das Angebot, über niedrige Zinsen sich Geld zu besorgen, auch angenommen wird. Karl Schiller, seinerzeit vielgepriesener Superminister – also Wirtschafts- und Finanzminister zugleich – unter der Regierung Schmidt, formulierte es einmal so: „Man kann die Pferde zur Tränke führen, saufen müssen sie selber.“ Bei Bernenky läuft die Tränke schon über, aber keiner kommt. Der Leitzins liegt schon bei null Prozent. Da aber wohl viele davon ausgehen, dass zu investieren sich selbst dann nicht lohnt, wenn man das Geld umsonst zur Verfügung gestellt bekommt, nimmt man das Angebot nicht an. Und vor allem die Banken horten ihr Geld lieber bei der Zentralbank als es zu verleihen, weil sie ja doch - bei Strafe ihres Untergangs - mit wieder steigenden Zinsen rechnen (müssen). D. h., alle Bemühungen, die Geldmenge zu erhöhen, um damit die Nachfrage zu stimulieren, die dann ihrerseits

positive Gewinnerwartungen entstehen lässt, um damit endlich die ersehnte Investition in Gang zu bringen, können fehlschlagen. Und weil Bernenky dies weiß, ist die Verteilung via Hubschrauber nur eine konsequente Schlussfolgerung dieser Unsicherheit. Bernenky hat nun im Cockpit Platz genommen. weitere 1000 Milliarden werden jetzt verteilt, zwar nicht über das Anlaufen der Rotoren, aber der Gelddruckwalzen. Ein Teil kommt dabei in den Markt, in dem der Staat Schuldverschreibungen neu ausgibt und diese via Zentralbank (Fed) direkt zurückkauft. Damit hat der Staat dann die Finanzmittel, um direkt öffentliche Ausgaben zu tätigen. Mit einem anderen Teil kauft die Fed zu einem früheren Zeitpunkt ausgegebene Staatspapiere zurück, wodurch der Kurs



BILD v. 21.3.09

Regierungen in aller Welt stemmen sich mit Billionen von frischem Geld gegen die Wirtschaftskrise. Die Notenpressen laufen auf Hochtouren, die Inflationsgefahr steigt. Ist unser Euro in Gefahr und schon bald weniger wert? Wie man sein Geld gegen Inflation schützen kann, wovor Experten warnen – Seite 2

dieser Papiere steigt. Da sich der garantierte Zinssatz dieser Papiere auf den Nennwert bezieht, sinkt die Rendite dieser Papiere. Bernenky hofft nun, dass dann die Anlage in die Papiere für Private unattraktiv wird und sich diese dann doch noch entscheiden, in die Realwirtschaft zu investieren, sprich ihr Geld Unternehmen leihen. Da dies aber keinesfalls sicher ist, garantiert die Regierung die Hälfte der zugesagten Rendite. Ob nun endlich die Pferde saufen, ist zwar immer noch nicht sicher, aber wahrscheinlicher.

Viele von uns rieben sich ja vor zwei Jahren schon die Augen, als Bush seinen Untertanen Konsumgutscheine schenkte. Die Abwrackprämie ist ja ähnlich bizarr. Wenn man die Energiebilanz in Gänze hierzu

aufmacht (also den Energieaufwand mit bemisst, der zur Herstellung der neuen Autos notwendig ist), weiß jeder schnell – allem Umweltgeschwafel der Regierung zum Trotz –, dass es sich hierbei lediglich um eine indirekte Subvention der Automobilindustrie handelt.

Dabei hatten unsere neo-liberalen Vordenker es doch über Jahre gepredigt, dass sich jedes Angebot seine Nachfrage schafft (Saysches Theorem von 1803). Also: wenn Geld entsprechend billig ist, werden die Wirtschaftssubjekte schon zugreifen. Oder: wenn die Löhne nach unten flexibel sind, dürfte es gar keine Arbeitslosigkeit geben! Übersetzt für den Arbeitsmarkt wäre hierzu dann die zynische Schlussfolgerung: Wenn die Löhne durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unter die Reproduktionskosten der Arbeitskraft fallen, scheiden eben die Überzähligen qua Mangelernährung aus dem Markt aus.

Dass diese Schlussfolgerungen nicht nur Kopfgeburten der ewigen Kritiker und Nörgler sind, sieht man spätestens, wenn man im globalen Zusammenhang seinen Blick auf die Lebensbedingungen der Millionen Dahinvegetierender an den Rändern dieser Welt richtet.

Aber zurück zur Geldmengenpolitik. Die Steuerung der Geldmenge über die Zentralbanken ist unsicher. Wenn dies allerdings im Verein mit einer expansiven Ausgabenpolitik des Staates via Konjunkturprogramm funktionieren sollte, muss dies nach neo-klassischer Lehrbuch-Annahme zu **Inflation** führen. Die Umlaufgeschwindigkeit einmal außer Acht gelassen (empirisch betrachtet ist diese auch eher konstant), muss es nämlich zu einer Inflation kommen, wenn

der Menge der produzierten Waren und Dienstleistungen plötzlich eine größere Geldmenge gegenübersteht (rechnerisch abgebildet durch die sogenannte Quantitätsgleichung).

Ist das nun gut oder schlecht? Das lässt sich nicht eindeutig beantworten. Da sind die unterschiedlichsten Interessen im Spiel. Für diejenigen, die Schulden haben, ist Inflation immer ein Gewinn, weil in aller Regel die Einkommen dann - selbst wenn dies unterproportional zur Inflationsrate geschieht – steigen. Es fällt ihnen somit leichter, ihre Schulden abzubezahlen. Die Kehrseite der Medaille: Alle die Geldvermögensbesitzer haben den Schaden. Sie kriegen weniger für ihr Geld, selbst wenn der Zins steigen sollte, da dieser in aller Regel ebenfalls nur unterproportional zur Preissteigerungsrate steigt.

Aus staatlicher Sicht stellt sich das Ganze aber noch anders dar. Und hier drängt sich der Verdacht auf, dass sich die Amerikaner ein zweites Mal ihre gewaltigen Schulden von der übrigen Welt bezahlen lassen wollen. Das erste Mal geschah dies mit der Aufgabe der festen Wechselkurse. Das war 1973, mitten im Vietnamkrieg also. Die von 1944 im Rahmen des Bretton-woods-Abkommens bis dahin gegebene Garantie der US-Amerikaner, jeden Dollar zu einem garantierten Wechselkurs einzutauschen,

Wenn der Nenner mit dem Zähler ...

Unter dem Bruchstrich kann immer nur der Nenner stehen. So muss es also in der 3. Folge der Ökonomie-Fibel heißen: „... hat so viele Technologien entwertet, dass dadurch der *Nenner* unter dem Bruchstrich zunächst wieder kleiner wurde - zur Rettung der Profitrate.“ Aus: hlz 3-4/09, S. 41, 1. Spalte, am Ende des ersten Drittels.

wurde aufgekündigt. Die Folge war, dass der Dollarkurs, bezogen bspw. auf die Mark, drastisch sank. Die Bundesrepublik konnte folglich mit den angesammelten Dollarreserven nur noch einen um diesen Anteil gesunkenen Gegenwert an Waren und Dienstleistungen realisieren. Da fast alle Länder zu dieser Zeit ihre Währungsreserven in Dollar hielten, gelang es den Amerikanern auf diese Weise, die Lasten des Vietnamkriegs auf alle westlichen Länder zu verteilen. (Der Ostblock hatte zu dieser Zeit quasi keinen Zugang zu den Märkten, da seine Währungen gar nicht konvertibel waren.) Die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieses Spiel nun wiederholt, ist so gering nicht! Zwar haben wir keine festen Wechselkurse mehr, aber was damals schockartig passierte – im Übrigen in Kombination mit der Ölkrise –, ist heute durchaus auch prozesshaft denkbar.

Sollte das riesige Konjunkturpaket, mittels staatlicher Ausgaben die Nachfrage zu erhöhen, greifen, würden in den USA vergleichsweise die Preise stärker steigen als in den wichtigsten Handelspartnerländern. Dies führte zunächst einmal dazu, dass die Attraktivität, amerikanische Produkte zu kaufen, sinken würde. D. h., es würden keine Dollars nachgefragt, um diesbezügliche Rechnungen zu begleichen. Und auch die Geldanlage in Dollar dürfte bei diesem quasi schon Negativzins nicht attraktiv sein. D. h. spekulative Intermezzi, wie sie zurzeit schon wieder stattfinden (der Dollar ist gegenüber dem Euro zeitweilig ja gestiegen), sollten nicht davon ablenken, dass alle realen Größen dafür sprechen, dass der Dollarkurs langfristig – und zwar drastisch – sinken wird.

Damit wäre ein ähnlicher Effekt erzielt wie 1972: Das US-amerikanische Haushaltsdefizit, das sich ja ursächlich auf die Kriege im Irak und Afghanistan

Währungsreserven international		
Ausgewählte Länder – Stand 1. Quartal 2008. Veränderung zu 2000		
Devisen	in Milliarden US-Dollar	
China	1.684	↑ +1.525
Japan	993	↑ +688
Russland	493	↑ +482
Indien	300	↑ +264
Taiwan	287	↑ +174
Südkorea	264	↑ +181
Brasilien	194	↑ +156
Singapur	178	↑ +103
Hongkong	161	↑ +67
Algerien	124	↑ +118
USA	65	↑ +5
Großbritann.	51	↑ +21
Frankreich	50	↓ -11
Deutschland	47	↑ -14
Italien	29	↑ +4
Österreich	11	↓ -4
Internationale Institutionen		
EZB	48	↓ -15
IWF	keine Angabe	

Grafik: © APA, Quelle: APA/World Gold Council

Gegenüber dem letzten Jahr erfolgte bei den Chinesen eine nochmalige Zunahme um 20%

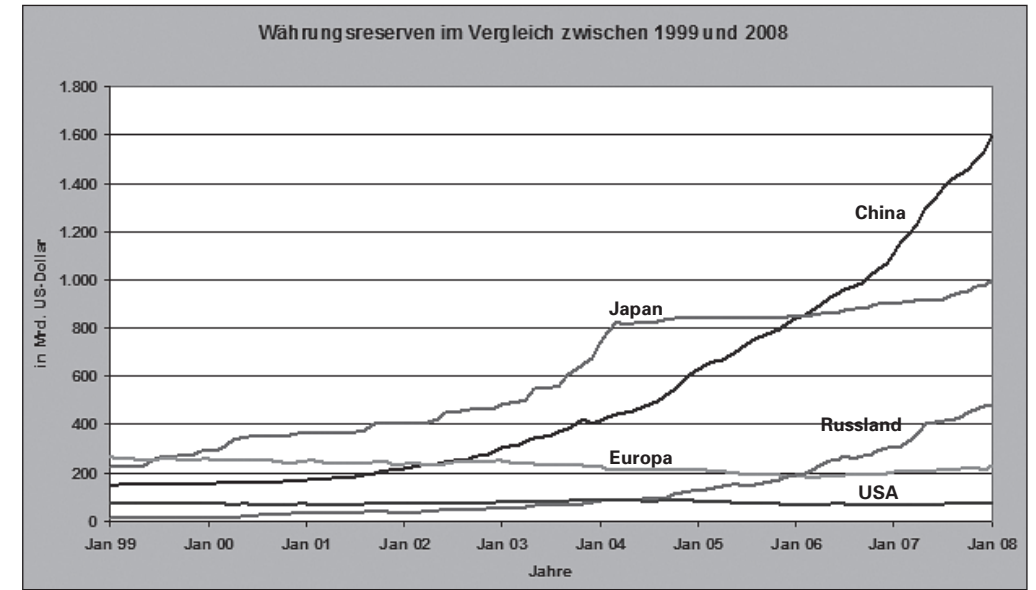
zurückführen lässt, wäre von allen Ländern bezahlt, die zurzeit hohe Devisenreserven in Dollar halten. (s. Grafik)

Wird die Rechnung auf diese Weise beglichen, ist gleichzeitig die amerikanische Export-Wirtschaft – unter der Annahme eben dieses drastisch gesunkenen Wechselkurses – gestärkt, weil man trotz gestiegener Preise nun amerikanische Waren qua hohem Kurs der eigenen Währung wieder günstiger kaufen kann.

Vorausgesetzt, dass sich ein solches Szenarium in seinen groben Linien mit den Auffassungen derjenigen, die in den amerikanischen Thinktanks den Ton angeben, decken sollte, dürften diese nur erfreut sein über das zögerliche Auftreten ihrer europäischen Partner. Wenn nämlich die Maßnahmen hierzulande nicht in der erhofften Weise greifen, ist die Wahrscheinlichkeit

groß, dass wir in eine Deflation geraten. Das geschieht, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – sei es die von Privaten oder der Wirtschaft sowie die seitens des Staates – nicht ausreicht, das Angebot aufzunehmen. Dann sinken zwar die Preise, aber die daraus sich entwickelnde negative Gewinnerwartung löst keine Investitionen aus. Dann wird aufgrund steigender Arbeitslosigkeit die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme geringer und somit die Kaufkraft noch weiter sinken, was die Spirale sinkender Preise antreibt.

Wird das Ganze dann noch flankiert von einem sinkenden Dollarkurs, können wir uns zwar vielleicht schon bald mit der Rikscha durch New York ziehen lassen – vorausgesetzt wir gehören zu den Glücklichen, die noch über Einkommen verfügen –, die europäischen Waren sind dann



aber auf jeden Fall im Dollar-Währungsraum für potenzielle Abnehmer sehr teuer. Für die Exportnation Deutschland ist das dann auf jeden Fall nicht gut.

Oder uns erwischt eine Stagflation. Die oben angenommene Preisentwicklung aufgrund sinkender Nachfrage nach unten ist nämlich nicht zwangsläufig. Wenn aufgrund steigender Importpreise – man denke da an eine erneute Spekulationswelle auf den Rohstoffmärkten oder eine geschickte OPEC-Ölpreispolitik und der dann gestiegenen Kosten der Produktion – die Preise nicht sinken, sondern gar steigen, dann ist dies wohl für viele die denkbar schlechteste Alternative.

Bricht man das Ganze runter auf den erreichten Lohnabschluss, der ja für 24 Monate Gültigkeit haben soll, dann stünden wir im Fall der Deflation – die gesamtwirtschaftlichen ‚Kosten‘ einmal außen vor gelassen – gar nicht so schlecht da. Bei einer Stagflation könnte der erzielte Einkommenszuwachs im Nu ja weggeschmolzen sein. Aber ich gestehe, dass ich Probleme habe, das Ganze nur aus persönlicher Sicht zu betrachten.

Letztendlich zahlen wir alle für die Krise. Und wenn wir über den Tellerrand hinausblicken, allerdings wie immer auf sehr unterschiedliche Weise.

Aber vielleicht kommt ja doch alles anders, als man denkt, frei nach dem Motto: Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt, wie es ist. Ausgeschlossen ist es ja nicht, dass das Ganze nur in einer

kleinen Wachstumsdelle endet [allein der Umwelt tät's gut] und alle benannten Variablen sich auf magische Weise dergestalt zusammensetzen, dass das Ganze in einen Gleichgewichtszustand überführt wird. Aber magische Kräfte sind eher flüchtig und taugen deshalb wohl doch nicht dazu, alles dauerhaft zum Guten zu befördern.

JOACHIM GEFFERS

Lehrerfortbildung

Globale Wirtschaftskrise: Ursachen – Auswirkungen für Arbeitnehmer/innen – gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat tief greifende Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. In einer gemeinsamen bundesweiten Lehrerfortbildung von **GEW und IG Metall** sollen mit Hilfe wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Experten zunächst die Hintergründe für die Krise ausgeleuchtet werden. Am Beispiel konkreter Unternehmen und Betriebe werden zudem die Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen, Beschäftigungssicherheit und Aus- und Weiterbildung sowie die Handlungsmöglichkeiten betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung bearbeitet.

Das Seminar findet vom 8.06. bis zum 10.06. in der IG Metall - Bildungsstätte in Lohr/Main statt. Die Seminar- und Übernachtungskosten werden übernommen. Interessenten können sich an Martina Schmerr (GEW; martina.schmerr@gew.de) oder Bernd Kaßebaum (IG Metall; bernd.kassebaum@igmetall.de) wenden.